

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1950

269 (2.12.1950)

ETTlinger ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags — Durch die Post 2.20 DM, zusätzlich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Preis Haus 2.50, im Verlag abgeholt 2.20 DM

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpt. — (Preisliste Nr. 1.)
Abbestellungen können nur bis 25 auf den Monatsersten angenommen werden.

2./51. Jahrgang

Samstag, den 2. Dezember 1950

Nr. 269

USA erhöhen Militärausgaben

Insgesamt 41,8 Milliarden Dollar vorgesehen — Truman appelliert an den Kongress
Washington (UP). Präsident Truman hat dem Kongress eine Gesetzesvorlage überreicht, in der eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben um 17,97 Milliarden Dollar gefordert wird. Die gesamten Ausgaben für die amerikanischen Streitkräfte würden sich damit im laufenden Finanzjahr auf 41,8 Milliarden Dollar belaufen.

Zur Begründung führte der Präsident an, daß es sich im Hinblick auf die Ereignisse in Korea und die gegenwärtige kritische Lage in der Welt um eine vordringliche Vorlage handle. Die Mittel seien notwendig, um die Stärke und Bereitschaft der Streitkräfte zu erhöhen, auch für den Fall, daß „in anderen Teilen der Welt“ Aktionen notwendig sein sollten.

Truman erklärte weiter, daß die amerikanischen Streitkräfte ursprünglich bis zum Ende des Finanzjahres am 30. Juni auf 2,8 Millionen Mann gebracht werden sollten. Im Hinblick auf das Eingreifen der Chinesen in den Koreakonflikt müßten aber jetzt die Truppenzahl und die Produktion für Verteidigungszwecke erhöht werden.

Der Präsident bezeichnete das Eingreifen der chinesischen Kommunisten in den Koreakonflikt als „eine lange vorher geplante Aktion, um den UN die Stirn zu bieten“. Die Aktion der Chinesen sei „brutal, vorsätzlich und unverprovokiert“ und „ohne den geringsten Schein der Berechtigung“.

Durch die Bewilligung der erforderlichen Mittel werde die Regierung in die Lage versetzt, schnell einen erhöhten Grad der Verteidigungsbereitschaft zu erreichen, wenn die Lage sich noch verschlechtern sollte. Die USA müßten in jedem Fall auf eine lange Zeit der Spannung vorbereitet sein.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß der Kongress die angeforderten Mittel zur Verteidigungsbereitschaft zu bewilligen wird, obwohl es sich um eine größere Summe handelt, als ursprünglich angenommen wurde.

Zwei Jahre Dienstzeit?

Der ehemalige amerikanische Kriegsmilitärminister Patterson forderte in einer Ansprache die unverzügliche Einberufung aller 18-jährigen Amerikaner zu einem zweijährigen Militärdienst. Wenn jemand eine durchschnittliche Gesundheit besitze und in der Lage sei, einem Zivilberuf nachzugehen, dann sei er auch für den Militärdienst geeignet.

Frankreichs Regierung bleibt

Nationalversammlung bejahte Vertrauensfrage — Plevens: Kaltblütigkeit in der Atombombenfrage

Paris (UP). Die französische Nationalversammlung hat der Regierung Plevens mit 347 gegen 184 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen und damit den Weiterbestand des Kabinetts gesichert, das unerwartet in einem Moment höchster internationaler Spannung in eine innere Krise geraten war.

Der französische Ministerpräsident Plevens richtete in der Nationalversammlung einen Appell an die Westmächte, ihre Kaltblütigkeit in der Frage der Anwendung der Atombombe im Fernostkonflikt zu behüten. Er betonte, daß die französische Politik in Korea sich nach den Beschlüssen des Sicherheitsrates richte. „Keine weitergehende Aktion kann ohne einen entsprechenden Beschluß des Sicherheitsrates erfolgen. Die Regierung verfolgt dabei folgende zwei Ziele: erstens der Aggression gegen die Republik Korea (Südkorea) Widerstand zu leisten und zweitens, eine Erweiterung des Konflikts nicht zuzulassen.“

Plevens betonte, daß die Regierung entschlossen sei, den Fernostkonflikt zu lokalisieren. Die chinesischen Interessen an der Grenze Nordkoreas müßten garantiert werden.

Der französische Ministerpräsident ließ in seiner Rede durchblicken, daß Frankreich und Großbritannien sich gemeinsam gegen eine vorläufige Verwendung der Atombombe oder gegen eine Ausweitung des Konflikts auf chinesisches Gebiet wehren werden.

Plevens und sein Außenminister Schuman werden sich am Samstag nach London begeben, um mit Attlee vor seiner Abreise zu konferieren.

Am Dienstag bei Truman

Wie jetzt endgültig feststeht, wird der britische Ministerpräsident Attlee am Sonntag abend nach Washington fliegen, um zu versuchen, einen Abzug der Truppen der Vereinten Nationen von der mandchurischen Grenze und die Schaffung einer entmilitarisierten Pufferzone entlang des Yalu zu erreichen. Feldmarschall Slim, der Chef des Generalstabs des britischen Imperiums wird den Ministerpräsidenten wahrscheinlich auf seiner Reise begleiten.

Das Weiße Haus in Washington gab inzwischen bekannt, daß Ministerpräsident Attlee am Montag in Washington einstreifen und am Dienstag seine Konferenz mit Truman beginnen werde.

Attlees plötzlicher Entschluß, einen dramatischen Flug nach Washington zu unternehmen, um mit Truman zu konferieren, gehört mit zu seinen Bemühungen, der augenblick-

Bundeskanzler für Sicherheitsvertrag

Vierstündige Konferenz auf dem Petersberg — Adenauers Wünsche an Regierungen der Westmächte weitergeleitet

Bonn (UP). Bundeskanzler Adenauer trat im Verlauf einer fast vierstündigen Konferenz mit den alliierten Hohen Kommissaren erneut für die Ablösung des Besatzungsstatutes durch gegenseitige Verträge mit den Besatzungsmächten ein. Die Hohen Kommissare haben diesen Wunsch des Kanzlers zur Kenntnis genommen und ihn an ihre Regierungen mit der Bitte um Prüfung weitergeleitet.

Die Hohen Kommissare und der Bundeskanzler vertraten, wie es in einem nach der Sitzung veröffentlichten Kommuniqué weiter heißt, einhellig die Meinung, daß die baldige Durchführung der New Yorker Außenministerbeschlüsse über Deutschland wünschenswert erscheine. Die New Yorker Beschlüsse sahen eine Revision des bisherigen Besatzungsstatutes und größere Vollmachten für die Bonner Regierung vor. Als Gegenleistung sollte die Bundesregierung sich zur Anerkennung der deutschen Auslandsschulden und zur Mitwirkung an einer gemeinsamen Rohstoffkontrolle bereit erklären. Weder das revidierte Besatzungsstatut noch die beiden Verpflichtungserklärungen sind bislang veröffentlicht worden oder in Kraft getreten.

„Es ist schwer zu sagen, ob die Hohen Kommissare meine Vorschläge im Zusammenhang mit dem Sicherheitsvertrag atmosphärisch gut aufgenommen haben“, erklärte Adenauer nach Verlassen des Sitzungssaales auf dem Petersberg. Er kündigte an, daß demnächst eine gemeinsame deutsch-alliierte Erklärung über die Verwirklichung der New Yorker Außenministerbeschlüsse zu erwarten sei. Die deutschen Vorschläge hinsichtlich der Formulierung der verschiedenen Dokumente seien von den Alliierten „im allgemeinen“ akzeptiert worden. Auch eine Entscheidung über die deutsche Schuldenerklärung wird nach den Angaben des Kanzlers in Kürze erfolgen.

Optimistischer äußerte sich ein Regierungssprecher, der erklärte, die Wünsche des Bundeskanzlers, das Besatzungsstatut durch einen Sicherheitsvertrag abzulösen, hätten bei den Hohen Kommissaren „gute Aufnahme“ gefunden. Er fügte hinzu, daß die Verwirklichung dieser Wünsche das ganze Besatzungsregime auf eine neue Basis stellen würde. Auf die Frage, ob Adenauer von sich aus das revi-

dierte Besatzungsstatut annehmen und die dazu gestellten Bedingungen erfüllen werde, erklärte der Sprecher: „In der Situation, in der wir uns jetzt befinden, muß man zunächst einmal sehen, was einem angeboten wird. Unser Ziel ist natürlich der Sicherheitsvertrag. Dieser läßt sich jedoch nicht von heute auf morgen verwirklichen.“ Der Kanzler habe seinen Vorschlag nicht zuletzt darum gemacht, um das Verhältnis zwischen den Besatzungsmächten und der Bundesregierung zu verbessern, was besonders im Hinblick auf die Frage des deutschen Verteidigungsbeitrags sehr notwendig sei.

Vom Bundesrat abgelehnt

Mit 21 gegen 12 Stimmen bei drei Stimmenthalten lehnte der Bundesrat einen Initiativentwurf des Landes Schleswig-Holstein zum Entwurf eines Gesetzes über die Erstattung von Leistungen der Sozialversicherung an Flüchtlinge durch den Bund ab. Die Annahme des Antrags hätte Mehrausgaben von 253 Millionen DM bedeutet. Das Land Hessen nahm an der Sitzung nicht teil. Die Regierungen von Württemberg-Baden und Bayern waren durch die bisherigen Mitglieder vertreten. Der Bundesrat vertagte ferner die Entscheidung über die Änderung der Inlandpreise für Kohle- und Steinkohle sowie für Rohisen auf die nächste Woche.

Das Bundeskabinett erzielte „grundsätzliche Übereinstimmung“ über den vom sogenannten „Unkeiler Kreis“ redigierten Gesetzentwurf des Bundesfinanzministers zum allgemeinen Lastenausgleich. Nach Mittellungen eines Regierungssprechers sind alle Meinungsverschiedenheiten zwischen den beteiligten Ressorts beseitigt worden. Auf der nächsten Sitzung wird voraussichtlich die Verabschiedung der Vorlage erfolgen.

Dienststelle Blank

„Daß ich mit meinem Amte in einer alten Kasernenstraße, ist die einzige Belastung militärischer Art, die man mir nachsagen kann“, meinte „Sicherheitskommissar“ Blank in einer Unterredung mit der United Press. Betont wies er darauf hin, daß die „Dienststelle Graf Schwerin“ restlos aufgelöst sei. Wenn er einige Mitarbeiter dieses Amtes übernommen habe, so nur wegen ihrer Eignung als Berater in militärtechnischen Fragen, die sich auf die Unterbringung vermehrter alliierter Truppen im Bundesgebiet bezögen. Am kommenden Mittwoch wird Blank seinen Antrittsbesuch bei dem Bundespräsidenten machen und damit „offiziell“ werden.

McCloy über die Gefahr im Osten

Bonn (UP). Der amerikanische hohe Kommissar McCloy erklärte in einer Unterredung mit zwei amerikanischen Pressekorrespondenten, daß die Sowjetunion wahrscheinlich 15 kampfstärke Divisionen in der Sowjetzone stationiert habe, die gegebenenfalls in einem schnellen Vorstoß bis an den Rhein gelangen könnten. Der Hohe Kommissar betonte jedoch, daß sowjetische Verbände in dieser Stärke schon vor Ausbruch des koreanischen Krieges in der sowjetischen Besatzungszone kaserniert gewesen seien. Es lägen gegenwärtig keine neuen Berichte besonderer militärischer Aktivitäten östlich des deutschen Abschnitts des Eisernen Vorhangs vor.

„Korea-Krieg entscheidet über Europa“

Sonderinterview mit General MacArthur — UN-Oberbefehlshaber warnt den Westen

Frankfurt. Die lebenswichtige Bedeutung des Kampfes in Korea für das Schicksal der Völker auch in Europa hob der Oberbefehlshaber der UN-Streitkräfte in Korea, General MacArthur, in seiner Antwort auf eine telegraphische Anfrage des Präsidenten der United Press, hervor. MacArthur stellt darin an unwunden fest, daß der gegenwärtigen Weltkrieg möglicherweise „auf den Schlachtfeldern Europas begegnet“ werden müsse, wenn es nicht gelänge, sie in Korea zu beenden.

Der General warnt die Politiker und die Öffentlichkeit in den europäischen Ländern davor, bei der Sicherung des europäischen Wohlbefindens und der Freiheit von der irrigen Voraussetzung auszugehen, daß die nach dem Fernen Osten gehenden Hilfsmittel die Sicherheit Europas schwächen. „Dies ist selbstverständlich eine trügerische Argumentation“, betonte der Oberbefehlshaber der UN-Streitkräfte, „da jede Verletzung der Freiheit im Osten eine schwere Bedrohung der Freiheit im Westen mit sich bringt“. Wörtlich stellte MacArthur fest:

„Wenn der Kampf in Korea nicht mit Mut und eiserner Entschlossenheit geführt wird, dann wird er mit Sicherheit auf den Schlachtfeldern Europas ausgefochten und möglicherweise verloren werden.“

Der General trat diese Feststellungen, nachdem ihm der Präsident der UP mitgeteilt hatte, europäische Staatsmänner verfolgten den Krieg in Asien mit größter Besorgnis, weil nach ihrer Ansicht durch ihn der erfolgreiche Aufbau einer europäischen Verteidigung verzögert werde. Hugh Baillie, der sich zur Zeit in Deutschland aufhält und auch mit Bundespräsident Heuss sowie Bundeskanzler Adenauer zusammen traf, hatte sowohl in London als in Paris Gelegenheit, die Ansichten führender Politiker über die weltweite Lage kennenzulernen.

MacArthur versicherte in seiner Antwort weiter, von Beginn des koreanischen Konfliktes an seien alle Anstrengungen gemacht worden, „dem allgemeinen Wunsch nach Lokalisierung der Kampfhandlungen“ zu entsprechen. Gewissenhaft habe man die mandchurische Grenze respektiert. „Es wäre historisch gesehen falsch“, führt der General fort, „den Angriff der chinesischen kommunistischen Armeen in irgendeiner Weise den strategischen Verlauf der Korea-Kampagne selbst zuzuschreiben. Der Entschluß der führenden Männer des kommunistischen China, einen Krieg gegen die Vereinten Nationen zu führen, konnte nur eine grundlegende Entscheidung sein, die von langer Hand vorbereitet war und ein direktes Ergebnis der Nieder-

(Forts. auf der 2. Seite)

„Im Kampf ums Gleichgewicht“

Mit dem Beginn der chinesischen Offensive in Korea scheint nicht nur die Verteidigung der UN-Truppen, sondern auch die Außenpolitik der Westmächte gegenüber der Bundesrepublik etwas aus den Fugen geraten zu sein. Die seit Monaten in Bonn erwartete Aufforderung der Atlantikpaktmächte zur Aufstellung deutscher Kontingente für die europäische Verteidigung läßt genau so auf sich warten wie die Verwirklichung der New Yorker Beschlüsse zugunsten einer Erweiterung der westdeutschen Souveränität. Auf der anderen Seite mehren sich nicht nur in Frankreich, sondern jetzt auch in England die Stimmen, die die Herbeiführung eines neuen Vierer-Gesprächs mit der Sowjetunion über die Zukunft Gesamtdeutschlands befürworten. Auch die Verhandlungen über eine europäische Einigung scheinen sich an der Mauer des britischen Vetos und der französischen Einseitigkeit festgefahren zu haben.

Die außenpolitischen Bemühungen der Bonner Regierung um die gleichberechtigte Eingliederung in die westliche Welt hängen damit immer noch in der Luft, zumal die Erfolge der innenpolitischen Opposition bei den Landtagswahlen gegen die Politik der Vorleistungen an den Westen das Fundament der öffentlichen Meinung merklich erschüttert haben. So unternahm der Bundeskanzler mit seiner Forderung, an die Stelle eines revidierten Besatzungsstatuts Sicherheitsverträge mit den Westmächten zu setzen, einen Vorstoß in den leeren Raum der Verständlosigkeit. Während die Hohen Kommissare seit Wochen den fertigen Text ihrer Zugeständnisse bereitgehalten und auf die Noten der Bundesregierung über die Bereitschaft zur pro forma Anerkennung der Auslandsschulden und der Rohstoffverteilung für europäische Verteidigungszwecke warten, hat es Adenauer für richtig gehalten, diese Zwischenetappe zur Souveränität zu ignorieren und das Endziel direkt anzustreben. Die Folge war nach Äußerungen von beiden Seiten eine „Situation allgemeiner Verärglung“.

Diese Stimmung begünstigt die divergierenden Tendenzen der nationalen Wünsche bei allen Beteiligten. Die Amerikaner unterstreichen die erhöhte Dringlichkeit koordinierter europäischer Verteidigungsanstrengungen unter Einfluß Westdeutschlands, deuten ein eventuelles Desinteressement an dem militärischen Schicksal der Bundesrepublik an und bringen die Rheinlinie anstelle der Elbfront wieder in die Diskussion. Frankreich forciert die kontinental-europäische Lösung der „Dritten Kraft“ zwischen Ost und West und entwertet sie durch einen bevorzugensten einseitigen Hegemonialanspruch. London läßt seine traditionelle Politik wieder aufleben, um unter Begünstigung der Bundesrepublik das Gleichgewicht der Kräfte in Westeuropa wieder herzustellen. Und der Bundeskanzler ist bestrebt, der Hohen Kommissar die Zugeständnisse abzurufen, die ihre Kompetenzen weit überschreiten und nur von den westlichen Regierungen entschieden werden können.

Wie sehr die westliche Deutschlandpolitik, die sich auf dem Wege zu einer gewissen Einheitlichkeit befand, wieder in Bewegung geraten ist, zeigen Informationen über den bevorstehenden Besuch des britischen Außenministers in Bonn. Informierte Kreise wollen wissen, daß Bevin die Bundesregierung auf eine jetzt auch von England befürwortete Deutschland-Konferenz mit der Sowjetunion zur Herbeiführung einer gesamtdeutschen Lösung vorbereiten wolle. In der Bundeskanzlei besteht der Eindruck, der britische Versuch gelte dem Zweck, das allzu enge deutsch-französische Zusammengehen und damit die Bonner Europa-Konzeption zugunsten des Atlantikrates aufzulockern. Dabei habe England auch im Auge, die wirtschaftliche Verbindung zwischen dem Commonwealth und der Bundesrepublik offen zu halten. Wie weit das britische Interesse gehe, zeige auch die Tatsache, daß England in der Hohen Kommission energisch die völlige Freigabe des noch vor kurzem als Konkurrenz angesehenen deutschen Schiffbaues fordere, während Frankreich diese Konzession nur im Gesamtrahmen der wirtschaftlichen Erleichterungen und unter Verknüpfung mit vermehrten Kohle-Exporten zugestehen wolle.

Bonn verzichtet dieses Entgegenkommen mit einer gewissen Befriedigung als Stärkung seiner Position für die Schuman-Plan-Verhandlungen. Die Paris-Reise des Kanzlers zur Unterzeichnung der Vereinbarungen über die Montan-Union, die von französischer Seite erhofft wird, würde dadurch ein stärkeres Gewicht erhalten. Sie ist jedoch genau so wie der für das kommende Jahr vorgesehene Staatsbesuch in Rom dadurch in Frage gestellt, daß Adenauer bis dahin mit der Würde des deutschen Außenministers bekleidet sein

will. Er wird sie allerdings so lange entbehren müssen, wie er an der Auffassung festhält, daß ihm die Taube der vollen Souveränität auf dem Dache lieber ist als der Spatz des revidierten Besatzungsstatuts in der Hand.

Korea-Krieg entscheidet über Europa

(Fortf. von der 1. Seite)
Ihre Armeeen ihres Satelliten Korea darstellte.
Schließlich begegnet McArthur der Kritik, seine Vollmachten überschritten zu haben, mit dem Hinweis: „Jede strategische und taktische Maßnahme, die vom Oberkommando der UN getroffen wurde, erfolgte mit voller Übereinstimmung mit den Resolutionen der Vereinten Nationen und den Anweisungen, nach denen ich operiere. Jeder wichtigere Schritt ist zuvor gemeldet und in vollem Umfang gutgeheißen worden.“

Stimmen aus Bonn

Maßgebende Vertreter der Bundesregierung begrüßen, wie aus Bonn verlautet, die Absicht der amerikanischen Regierung, den Krieg in Korea unter allen Umständen zu beenden. Eine Ausweitung des Konfliktes müsse auf alle Fälle vermieden werden. Es sei wünschenswert, daß dieses Ziel ohne die Atomwaffe erreicht werde. Die Atomwaffe habe zwar die amerikanisch-japanische Auseinandersetzung beendet, sie könne jedoch nicht die Aggression aus der Welt schaffen.

In diesem Zusammenhang wurde davor gewarnt, daß man in Deutschland die Meinung der amerikanischen Öffentlichkeit durch unüberlegte Äußerungen zuungunsten der Deutschen beeinflussen, Deutschland besitze keine Befugnis, sich in militärische Angelegenheiten der USA einzumischen. Ein Volk werde es niemals verzeihen, wenn einer seiner Nationalhelden, wie in diesem Fall MacArthur, von fremder Seite angegriffen werde.

Die Vertreter der Bundesregierung äußerten zu den letzten Ereignissen im Fernen Osten, hier sei deutlich die Absicht des Kreml erkennbar, die Energien der USA von Europa auf Asien abzulenken. Man habe in Moskau zwar „ein starkes Engagement“ der Vereinten Staaten in China erreicht. Niemand wisse aber, wie groß die Reserven der Amerikaner tatsächlich seien.

In diesem Zusammenhang forderten die Regierungsvertreter, daß man in Deutschland den Parteihader vergesse und sich gemeinsam mit der lebenswichtigen Frage der Verteidigung befasse.

Höhere westeuropäische Produktion. Der neue Chef der ERP-Verwaltung, Foster, forderte in einer Rede vor dem Ministerrat der OEEC eine 40-prozentige Steigerung der westeuropäischen Produktion, um durch ein wirtschaftlich starkes Europa einen dritten Weltkrieg zu verhindern.

Von Brenzano abgerüstet. Der erste Generalkonvent der Bundesrepublik in Italien, Dr. von Brentano, der bisherige Chef der badischen Staatskanzlei, ist von Freiburg nach Rom abgereist.

Loritz kündigt Wahlkampfklage an. Der Vorsitzende der WAV in Bayern, Loritz, kündigte eine Wahlkampfklage wegen „unzulässiger Betrugfälle“ bei der bayrischen Landtagswahl an.

Spionage-Gruppe entlarvt. Die französische Spionageschwärze hat einem kommunistischen Spionagering das Handwerk gelegt, der seine Weisungen aus der Tschechoslowakei erhielt.

Labour gewinnt zwei Nachwahlen. Die Mehrheit der Labour-Fraktion im Unterhaus hat sich wieder auf sechs Abgeordnete erhöht, nachdem es Kandidaten der Labour Party gelang, bei zwei Nachwahlen den Sieg davonzutragen.

PETER SCHELLINGS EROBERUNG

ROMAN von Margarete Liss

32. Fortsetzung
„Sie müssen sich mehr Geduld angewöhnen. Es wird Ihnen noch manches recht komisch vorkommen und wer sich in Gefahr begibt, kommt darin um.“
Ohne ein weiteres Wort ließ die empörte Sittenrichterin Maria großes stehen.
Totenblau starrte ihr die arme Sänderin nach.
So konnte man ihre Reise mit Schelling ansehen? Wie mußte er dann selbst ihre Mitreise beurteilen?
Scham und Ratlosigkeit trieben Maria die heißen Tränen aus den Augen.
In ihrem Jammer merkte sie gar nicht, daß Schelling schon geraume Zeit neben ihr stand. Heißes Erbarmen mit der weinenden Frau trieb ihn, gültig lächelnd und sanft über ihr blondes Haar zu streichen.
Maria fuhr auf. In ihrer augenblicklichen unsicheren Stimmung empfand sie die Liebkosung wie eine Belädigung.
Mit großen Flimmern starrten ihn ihre heißen Augen an, und ehe Schelling auch nur ein Wort der Erklärung geben oder fordern konnte, war Maria schon davongelaufen.
In ihrer Kabine saß sie schluchzend da, vor sich das Buch ihres Mannes. Es sollte zu ihr sprechen — ihr ein Trost sein! Und blieb das erstmal tot und stumm! Brutal mußte sie fühlen, daß es ihr die Opfer, die sie Jahre hindurch dafür gebracht hatte, nicht wert war.
Das steigerte ihre trostlose Verwirrung, und mit ekstatischer Inbrunst dachte sie an Ulrichs Grab! Ach, könnte sie Schmerz und Verwirrung jetzt schon an dem lieben Hügel ausweinen! Er würde ihr treu bleiben und sie gewiß nicht mit einer trostlosen Leere abschrecken.
Peter Schelling war wie gebannt stehen geblieben, als Maria so plötzlich davonlief. Ihre ungerechte und unerwartete Empörung gab auch seinem eigenen Gefühl nachträglich eine ganz falsche Deutung.

Angriff auf Pyongyang erwartet

Eingeschlossene US-Verbände wollen Durchbruch erzwingen - 16 chinesische Divisionen verschwunden

Tokio. Die Streitkräfte der Vereinten Nationen, die im westlichen Frontabschnitt Koreas neue Positionen bezogen haben, sind damit beschäftigt, ihre Stellungen auszubauen. Gleichzeitig wird jedoch bekannt, daß die chinesischen und nordkoreanischen Kommunisten südlich des Tschongtschong-Flusses starke Truppenverbände zusammenziehen, so daß in Kürze mit einem Angriff auf die ehemalige nordkoreanische Hauptstadt Pyongyang, auf die von einem unbekanntem Flugzeug fünf Bomben geworfen wurden, gerechnet wird.

Währenddessen stehen im Raume des Tschosin-Staubbeckens 20 000 Soldaten der ersten amerikanischen Marine-Division und der siebenten Infanteriedivision mit schätzungsweise 100 000 chinesischen Kommunisten im Kampf, um sich einen Rückweg aus dem Kessel zu erkämpfen, der von den Kommunisten in diesem Raum gebildet wurde.

Ein Sprecher des 10. Korps gab bekannt, daß den um das Tschosin-Staubbecken eingeschlossenen Verbänden der Ausbruch aus der Umklammerung noch nicht gelungen sei. Nachdem die Kommunisten leichtere Gegenangriffe durchgeführt hatten, die abgewiesen wurden, herrscht gegenwärtig in diesem Gebiet fast völlige Kampfruhe.

Die chinesischen Kommunisten, die auf allen Straßen in südlicher Richtung auf die neuen Linien der UN-Streitkräfte vorrückten, treiben die Zivilbevölkerung der in Frontnähe liegenden Orte vor sich her, den Stellungen der amerikanischen, britischen, türkischen und südkoreanischen Truppen entgegen. Die ungruppierten und zum Teil stark angeschlagenen UN-Verbände blicken der zu erwartenden neuen Offensive der Kommunisten im Westen Koreas mit gemischten Gefühlen entgegen.

18 chinesische Divisionen, die an der Offensive, die die UN-Streitkräfte zur Aufgabe der Tschongtschong-Linie zwang, teilnahmen, sind „verschwunden“. Aufklärungsflugzeuge der amerikanischen Luftstreitkräfte bemühen sich

überhaupt um die Festsetzung des Verbleibs dieser Einheiten.

Bomber und Jagdflugzeuge der US-Luftstreitkräfte führten gegen kommunistische Truppenkonzentrationen, Nachschubwege und Versorgungszentren Angriffe mit Raketen, Bomben und Bordwaffen in einer Stärke durch, wie sie selbst in den kritischen Tagen des Pusan-Brückenkopfes nicht erlebt wurden.

Während alle UN-Truppen entweder ihre Stellungen halten oder sich zurückziehen, ist die südkoreanische Hauptkadivision als einziger Verband dabei, ihren Vormarsch zur Grenze der Sowjetunion fortzusetzen. Sie gewann weitere fünf Kilometer an Boden und steht nur noch 65 Kilometer südlich der Grenze der Sowjetunion.

Wenn auch die verantwortlichen Militärs davon überzeugt sind, daß es den Kommunisten nicht gelingt, die UN-Streitkräfte aus Korea hinauszuerwerfen, so geben sie doch offen zu, daß Truppenverstärkungen erforderlich sind, um die gegenwärtige Linie vor Pyongyang halten zu können. Diese Verstärkungen können gegenwärtig nur von dem an der koreanischen Ostküste stehenden sechsten Korps kommen. Wenn es aber nicht gelingt, die im Rücken dieses Korps operierenden Guerillagruppen zu vernichten, besteht die Gefahr, daß sich diese mit den vorrückenden chinesischen Streitkräften vereinigen und das ganze sechste Korps von seinen Landverbindungen nach Süden abschneiden.

„Unerhörte Kriegsprovokation“

Radio Peiping zu Truman „Drohung“
Peiping (UP). Radio Peiping stellte fest, daß die „Drohung“ Präsident Trumans mit der Verwendung von Atombomben eine unerhörte „Kriegsprovokation“ darstelle. Zur gleichen Zeit unterstrich ein Sprecher der kommunistischen chinesischen Regierung erneut, daß die Entscheidung „chinesischen Freiwilligen“ rechtmäßig erfolgt sei. Die Truman-Erklärung wird als ein Beweis dafür angesehen, daß die Imperialisten bewußt den dritten Weltkrieg heraufbeschwören.

Indien verhandelt mit Peiping

Über Möglichkeiten zur Beilegung des Fernostkonfliktes - Chefdelegierter Rau und Trygve Lie konferieren mit General Wu

Flushing (UP). Indien hat mit dem kommunistischen China Verhandlungen über die Möglichkeiten der Beilegung der Differenzen im Fernen Osten aufgenommen. Der indische Chefdelegierte Rau wurde als erster Vertreter eines Nicht-Kommunistenstaates ins Waldorf-Astoria-Hotel gebeten, um mit General Wu Hsu Tschuan, dem Leiter der Peiping-Delegation, zu konferieren. Die Unterredung dauerte über eine halbe Stunde.

Rau erklärte anschließend, er habe mit Wu eine „sehr freundliche Unterredung“ gehabt und hoffe, daß ein Weg gefunden werden könne, um eine weitere Ausbreitung des Krieges im Fernen Osten zu verhindern. Auf die Frage, ob er irgendwelche Vorschläge für den Rückzug der nordchinesischen Truppen aus Nordkorea unterbreitet habe, antwortete Rau, die Verhandlung mit Wu sei noch nicht so weit fortgeschritten, er hoffe aber, daß er „sehr bald“ erneut mit diesem zusammentreffen werde.

In Kreisen der westlichen Delegation werden diese Vermittlungsversuche Indiens mit Interesse verfolgt. Sie sind jedoch in keiner Weise überoptimistisch. Einer Meldung aus Washington zufolge deutete Truman an, die Vereinten Staaten rechneten stark damit,

daß Indien die Rolle eines „Friedensvermittlers“ zwischen den chinesischen Kommunisten und der westlichen Welt übernehmen könne. Truman gab ferner bekannt, daß amerikanische Beamte mit Indien über den Korea-Streitfall konferierten, lehnte es jedoch ab, Mitteilung über die dabei erreichten Fortschritte zu machen. Er erklärte lediglich, daß die Berichte über den Verhandlungsverlauf „streng geheim“ seien.

In diesem Zusammenhang konnte United Press von maßgebender Seite erfahren, daß Rau den indischen Ministerpräsidenten Nehru um die Erlaubnis gebeten habe, vor dem Sicherheitsrat eine Resolution einzubringen, in der sowohl an die Kommunisten als auch an die Vereinten Nationen appelliert werden soll, die Waffen niederzulegen und ihre Truppen bis zum Abschluß von Verhandlungen dort stehen zu lassen, wo sie gegenwärtig stehen.

Auch der UN-Generalsekretär Trygve Lie hatte eine Unterredung mit General Wu. „Es wurde über allgemeine Angelegenheiten gesprochen“ — das war das einzige, was über den Inhalt der Konferenz zu erfahren war.

Entezam: „Handeln“

Nasrollah Entezam, der Präsident der Generalversammlung der UN, kündigte an, daß

die Generalversammlung angesichts des Versagens des Sicherheitsrates — der erneut durch ein sowjetisches Veto am Handeln gehindert wurde — eingreifen müsse, um mit der durch die Verschärfung der Korea-Krise entstandenen Verschlechterung der Weltlage fertig zu werden. Der Präsident appellierte an die Vereinten Nationen und erklärte: „Wir sollten es verhindern, daß Haß und Furcht uns blinden. Der Friede kann gerettet werden, wenn sich die Völker und ihre Führer nicht blinden Leidenschaften hingeben und wenn sie die Lage mit nüchternem Blicken prüfen. Eine solche Prüfung muß zu Frieden und Sicherheit führen.“

Durch das sowjetische Veto war die Voraussetzung geschaffen, die Intervention des kommunistischen China in Korea vor die Generalversammlung zu bringen. Die Vereinten Staaten sollen jedoch nicht beabsichtigen, das Plenum noch in dieser Woche zu einer Beschlusfassung in dieser Sache aufzufordern, sondern sich vielmehr entschlossen haben, damit bis zum Abschluß der bevorstehenden Konferenz zwischen Truman und dem britischen Premierminister Attlee zurückzustellen.

Die Vollversammlung der UN wird sich in der kommenden Woche mit dem Schluß der deutschen Kriegsgefangenen befassen. Die beiden Bundestagsabgeordneten Dr. Gerstenmaier (CDU) und Wehner (SPD) werden in den nächsten Tagen nach New York fliegen, um als Beobachter an der Sitzung teilzunehmen. Die beiden Abgeordneten haben bereits vor einigen Wochen der UN deutsches Material über die Kriegsgefangenenfrage vorgelegt.

Schwere Strafen beantragt

Vor dem Urteil im Prager Priesterprozeß
Prag (UP). Im Prozeß gegen die neun tschechoslowakischen Geistlichen, die vor dem Prager Staatsgerichtshof der Spionage und des Hochverrats angeklagt sind, forderte der Anklagevertreter „schwere aber gerechte Strafen“. Auf Grund der Gesetze können die Angeklagten mit Gefängnisstrafen von zehn Jahren und aufwärts oder mit der Todesstrafe rechnen. Die Urteile werden für Samstag erwartet.

Demonstrationen gegen Atombombe

Polizei riegelt Zugang zu US-Botschaft ab
Rom (UP). Etwa 10 000 Personen demonstrierten vor dem italienischen Parlament und dem Außenministerium in Rom, um gegen die mögliche Anwendung der Atombombe zu protestieren. Ein großes Aufgebot von Polizei in Stahlhelmen schützte die Zugänge und ließ auch keine Demonstration vor dem Gebäude der USA-Botschaft zu. Später kam es zu kleineren Zusammenstößen mit der Polizei und den Karabinieri, die kommunistische Sprecher am Reden hinderten und dafür sorgten, daß sich die Menge in den Straßen um das Parlamentsgebäude weiterbewegte. Eine Anzahl von Kommunisten wurde verhaftet. Man hörte aus der Menge Rufe: „Wir wollen keinen Krieg“ oder „Nieder mit der Atombombe“.

Auch in Mailand und anderen italienischen Städten kam es zu kommunistischen Demonstrationen, die von der Polizei gehindert wurden, zu den amerikanischen Konsulaten vorzudringen.

Putsch in Indonesien vereitelt

Regierungstruppen besetzten Bandung
Djakarta (UP). Indonesische Regierungstruppen besetzten überraschend die Hauptstadt von Westjava — Bandung — und nahmen zahlreiche Verhaftungen vor. Wie von amtlicher Seite bekanntgegeben wurde, sei in letzter Minute eine Verschwörung aufgedeckt worden, die die indonesische Regierung stützen sollte. Die Einwohnerstadt von Bandung wurde angesprochen, ihre Wohnungen bis zum Abschluß der militärischen „Säuberungsaktion“ nicht zu verlassen.

langes Leid einen Teil ihrer selbst werden ließ?

Wofür lebte sie noch? War ihr Dasein noch etwas anderes als eine einzige feige Lüge vor sich selbst?

Lange saß sie grübelnd in tiefer Einsamkeit. Nur die Angst, Schelling könnte sich mit ihrer Feindin in Verbindung setzen, trieb sie endlich wieder nach oben.

Zaghast näherte sie sich ihren Reisekameraden, und jeder sah ihr an, daß sie geweint hatte.

Peter tat das Herz weh. Gedacht isolierte er sich mit ihr: „Ich weiß nicht, was Sie bedrückt! Ich ahne nur, daß Sie gekränkt worden sind. Wollen Sie sich mir nicht anvertrauen? Ich möchte so gern für Sie einstehen!“

Maria wurde ganz blaß. Sie konnte beim besten Willen nicht antworten. Schelling sah sie schmerzlich an und drang lebhaft in sie: „Maria — ich weiß, daß ein Geheimnis um Sie ist! Ich weiß, daß die alte Dame Sie kraft dieses Geheimnisses kränken durfte! Haben Sie Vertrauen zu mir. Erlauben Sie mir, mit der Dame zu sprechen. Ihre Partei zu nehmen. Sagen Sie mir, was Sie bis jetzt vor mir verbemüht!“

Maria sah ihn bittend an: „Ich kann nicht! Hier nicht — glauben Sie mir, daß ich nichts Böses tun wollte. Haben Sie Geduld, dann will ich sprechen.“

„Sie verlangen viel von mir — Maria! Aber Ihr Wunsch ist mir Befehl!“

Maria atmete auf. Sie wußte, daß sie sich auf Schellings Wort verlassen konnte. Tapfer rang sie nun mit ihrer Erregung und zwang sich zu einem munteren Plauderton.

Als sie aber gelegentlich ihrer Deckpromenade mit der alten Dame zusammenstrafen und diese auffallend brüsk Maria den Rücken wandte, war es mit Marias Tapferkeit vorbei. „Das habe ich nicht verdient!“

Leise und unwillkürlich kam es über ihre blassen Lippen.

Sie tat Peter leid. Er wollte ihr etwas Liebes antun, und bot ihr mit einer tiefen Verneigung ostentativ den Arm.

Maria brauchte das ziemlich laute und empörte „Unerböt!“ der alten Dame gar nicht

zu hören. Sie wußte auch ohne das, wie Peters wohlgemeinte Artigkeit aufgenommen werden würde.

Maria Dorn war für den Rest der Reise sehr ungeduldig und begrüßte es aufatmend, als die „Wangon!“ im Hafen von Tanger einlief. Peter aber quälte sich nur noch damit, ihr seine Liebe zu verheimlichen.

Als Maria mit ihren drei Begleitern den stolzen Ostafrikafahrer verließ, hörte sie hinter sich das Tuscheln, mit dem der Kreis, der sich um ihre Feindin geschart hatte, in bösen Worten über sie herfiel.

Und wie ging Maria an das Land? Alle Gründe zu ihrem Reiseentschluß waren in sich zusammengesunken mit der Erkenntnis, daß Ulrichs Werk ihr nichts mehr war. Weder Lust noch Trost! Es war so vieles in ihr Leben getreten! Und ihr war bange vor der nächsten Zukunft, vor der Leere des Lebens. Es war ihr ganz unmöglich, irgendwelche Pläne zu machen.

Sie hatte nur den einen Wunsch — fort von Peter Schelling und sich wieder ganz zu Ulrich gehörig fühlen zu dürfen.

Sie gab sofort ein Telegramm an Engelmanns nach Moschi auf und hoffte, daß sie die Antwort auf diese Ansage ihres bevorstehenden Besuches noch in Tanger erwidern würde.

Und dann schritt Maria durch die bekannten Straßen. Hier war sie mit Ulrich gegangen! Dort hatten sie gewohnt! Bei dem Händler an der Ecke hatte er ihr Früchte gekauft. Ob es noch derselbe war?

Maria hatte sich von dem überwältigenden Eindruck dieser Erinnerungen so viel versprochen, daß sie nun mit einer großen Enttäuschung herumging. Vergebens wartete sie auf das wohlthätig Ergreifende dieser Erinnerungen. Und sie sagten ihr nichts — nichts mehr! Irre an den eigenen Gefühlen, hoffte sie nun alles von Moschi!

Als sie ganz erschlagen von diesem verunglückten Gang in das Reich der Erinnerungen in das Hotel zurückkehrte, brachte man ihr das Telegramm an die Freunde als unzustellbar zurück.

(Fortsetzung folgt)

Aus der badischen Heimat

Bechtel gegen Kaution entlassen
Bis über Auslieferung entschieden ist
 Heidelberg (UP). Das amerikanische Distriktribunal in Heidelberg beschloß, Heinrich Bechtel gegen eine Kaution von 5000 DM auf freien Fuß zu setzen, bis über den Auslieferungsantrag der französischen Behörden entschieden sei. Bechtel muß sich einmal in der Woche auf einer Polizeistation melden.

Heidelberg — die Stadt der Frauen
 Heidelberg (UP). Die Universitätstadt Heidelberg weist den stärksten Frauenüberschuß von allen Städten in Württemberg-Baden auf, wie aus einem Bericht des Statistischen Landesamtes hervorgeht. Während allgemein der Frauenüberschuß in den letzten Jahren durch die Heimkehr der Kriegsgefangenen und die hohe Zahl der männlichen Neugeborenen erheblich zurückging, entfielen heute in Heidelberg noch 1253 Frauen auf je 1000 Männer. Der Frauenüberschuß in dieser Stadt liegt damit noch über seinem Durchschnitt im Jahre 1948. Durchschnittlich entfielen heute in Württemberg-Baden auf 1000 Männer 1150 Frauen gegenüber 1253 Frauen im Jahre 1948.

Der Tod am Schanckisch
 Sinsheim (SWK). Einen nicht alltäglichen Tod fand in Sinsheim ein älterer Mann. In angeregter Unterhaltung mit anderen Gästen ließ er sich das „Vierlele“ gut munden. Pötzlich brach er wie vom Blitze getroffen zusammen. Am Schanckisch der Gastwirtschaft machte ein Herzschlag seinem Leben ein vorzeitiges Ende.

Erfolgreiche Drohung mit Mieterstreik
 Walldüren (Nwb). 44 Mietparteien eines Barackenviertels in Walldüren hatten ihrem Bürgermeister mit einem Mieterstreik gedroht, falls die „menschenunwürdigen Verhältnisse“ in den Barackenwohnungen nicht beseitigt würden. Bereits am Tage, nachdem das Schreiben in der Heimatpresse veröffentlicht worden war, hat eine Kommission unter Leitung des Bürgermeisters die sofortige Abheilung der beanstandeten Mängel veranlaßt.

Größter Feuer verursachte 30 000 DM Schaden
 Wertheim (SWK). Bei einem Brand auf dem Gut eines Landwirts aus Champerau wurden die Scheune, mehrere Schuppen, die gesamte Ernte und alle landwirtschaftlichen Geräte von hohem Wert vernichtet. Nach den bisherigen nichtamtlichen Feststellungen beläuft sich der Schaden auf über 30 000 DM. Die Ursache des Feuers ist noch nicht geklärt, dürfte jedoch auf Selbstentzündung zurückzuführen sein.

Von den Puffern zu Tode gedrückt
 Schwetzingen (Nwb). Im Eisenbahnambesserungsalter Schwetzingen ist ein 39-jähriger Arbeiter so unglücklich zwischen zwei Puffern geraten, daß er auf dem Weg zum Städt. Krankenhaus seinen Verletzungen erlag.

2000 Wildschweine in Südbaden erlegt
 Freiburg (Sdb). In der Direktionsauswertungsabteilung des badischen landwirtschaft-

lichen Hauptverbandes wurde berichtet, daß an die badischen Jäger bisher über 1000 Schrotflinten verteilt wurden. Seit Beginn der Aktion Ende März wurden 2000 Wildschweine erlegt. Man könne deshalb hoffen, daß der riesige Schwarzwildschaden, der in Südbaden im Jahre 1949 fast zwei Millionen DM betragen habe, bald stark abnehme. An die badischen Jäger seien von den 900 000 Hektar Jagdfäche des Landes bereits wieder 607 000 Hektar verpachtet. Mit weiteren 750 000 Hektar zur Bekämpfung von Rot- und Schwarzwild könne in Bälde gerechnet werden. Über die Wildschadenvergütung sei noch keine Einigung erzielt, da das Land bisher nicht gewillt sei, einen wesentlichen Beitrag zu deren Ausgleich zu leisten.

Drei Ford-Wagen im Schmuggelinsatz
 Lörrach (Sdb). Vor kurzem wurden — wie bereits berichtet — an der schweizerisch-deutschen Grenze in Lörrach zwei neue Ford V 8 beschlagnahmt und die Fahrer festgenommen. Dabei wurde festgestellt, daß in eingebauten Geheimkammern große Mengen Kaffee unverzollt eingeschmuggelt werden sollten. Man fand nun neues Material, das auf eine große Organisation schließen läßt. Einer der verhafteten Schweizer hat gestanden, daß er bereits 24 Mal diese Fahrt ausgeführt hätte.

Regierungsbildung endgültig ohne CDU

SPD beansprucht nach wie vor Posten des Ministerpräsidenten — Noch keine Beschlüsse

Stuttgart (Nwb). Die Bemühungen der SPD und der DVP, auch die CDU zur Teilnahme an der künftigen württemberg-badischen Regierung zu bewegen, sind nun endgültig gescheitert. In einer „informativischen Besprechung“ wurde von den CDU-Vertretern Sigmund (Nordwürttemberg), Heinrich (Nordbaden) und Wiedemeyer (Fraktionsvorsitzender) mit aller Bestimmtheit erklärt, ihre Partei lehne es ab, sich an der Regierungsbildung zu beteiligen.

In einem von der SPD und der DVP gemeinsam abgehaltenen Kommuniqué über das Gespräch heißt es: „Die Vertreter der CDU beharrten auf ihrem ablehnenden Standpunkt trotz des Hinweises auf die bisherige fruchtbare Zusammenarbeit der drei Parteien in der Regierung und im Landtag und die erste wirtschaftliche und politische Lage.“ Die Vertreter der CDU gaben nach der Besprechung folgende Erklärung ab:

„Die CDU war vor der Wahl bis 19. November nicht abgeneigt, die Große Koalition unter gewissen Bedingungen fortzusetzen. Nun aber haben SPD und DVP den Wahlkampf nicht um die Landespolitik, sondern in erster Linie gegen Bonn und gegen die CDU geführt. In diesem Kampf haben die SPD und die DVP den parlamentarischen Mehrheitsanspruch. Wenn nun die Wahl vom 19. November einen politischen Sinn haben soll, dann muß der Wille des Wählers respektiert und verwirklicht werden. Die Regierungsbildung kann in einer sauberen und ehrlichen Demokratie niemals auf ein Rechenexempel zur Verteilung der Ministerposten sein, sondern sie muß Konsequenz aus dem Wahlergebnis in der Linie des Wahlkampfes liegen. Die Fraktion und der Landesvorstand der CDU Württemberg-Baden hat deshalb aus dem Wahlkampf und seinem Er-

gebnis die einfache und selbstverständliche demokratische Forderung gezogen. Der Wahlausgang verpflichtet die SPD und die DVP, die Regierung ohne die CDU zu bilden. Die CDU hat mit ihrer Entscheidung diese Verantwortlichkeit klargestellt. Die Wähler werden nun feststellen können, ob ihrem Willen Rechnung getragen wird. Die CDU selbst wird in ihrer Position alles tun, um gründliche, kritische und konstruktive politische Arbeit zum Wohle unseres Volkes zu leisten.“

Nach der vorausichtlichen Verzögerung der Regierungsbildung haben die Fraktionsvorsitzenden der vier Parteien mit Landtagspräsident Keil (SPD) vereinbart, daß der neue Ministerpräsident nicht schon in der ersten Sitzung des neu gewählten Landtags, sondern erst am 12. Dezember gewählt werden soll. Die Frage der Sitzordnung wird von den Fraktionsvorsitzenden vor der ersten Sitzung des Plenums geklärt werden.

Deutschlands größte Quelle
 Stockach (Sdb). Die Aachquelle bei Stockach, deren Ergiebigkeit in den trockenen Sommermonaten auf unter 3000 Sekundensliter gesunken war, ist mit 20 000 Sekundenslitern jetzt wieder die größte Quelle Deutschlands. Sie liefert gegenwärtig so viel Wasser, daß der Kraftwerkkanal die Menge nicht fassen kann und im Werk selbst Störungen durch Überschwemmungen auftreten sind.

Sie gelangten nicht über die Grenze
 Lindau (Sdb). Zwei Autofahrer aus München wurden verhaftet, als sie 5000 Dollar über die österreichische Grenze bei Lindau schmuggeln wollten. Ihr Versuch, die kontrollierenden Zollbeamten zu bestechen, mißlang. Der Haupttäter wurde ins Lindauer Gefängnis eingeliefert.

Radargerät entdeckt Leitungsdiebstahl
 Darmstadt (Hb). Ein Radargerät auf dem Frankfurter Rhein-Main-Flughafen zeigte an, daß auf der Autobahn unweit Lorsch (Kreis Bergstraße) Telefonleitungen demontiert werden. Die sofort an die angepöbelte Stelle entsandte Gendarmerie fand neben einem mit Tannenzweigen getarnten Motorrad ebenso getarnte Säcke mit zerstückelten Kupferleitungen. Über das Kennzeichen des Motorrads konnte als Wohnsitz des vermutlichen Täters Neustadt an der Weinstraße ausfindig gemacht werden. Der Täter ist noch flüchtig.

„Off limits“ — auch für Vögel
 Heilbronn (Nwb). Ein Ehrenmitglied des Heilbronner Brieftaubenklubs schickte vor einiger Zeit acht wertvolle Reisebrieftauben an einen Freund in den Vereinigten Staaten. Die Vögel kamen auch über den Ozean, doch in die Staaten durften sie nicht. Der amerikanische Landwirtschaftsminister hatte ihnen „die Einreise“ verweigert. Die Vögel sind wieder heil in der Heimat angekommen.

Lavastrom zum Stehen gekommen
 Die Tätigkeit des Ätna läßt nach
 Catania (UP). Die 49 Krater des Ätna stellen allmählich ihre Tätigkeit ein und die beiden Lavastrome die einige Dörfer bedrohten, bewegen sich nicht mehr. Man hört aber in der Umgebung des 3000 Meter hohen Vulkans immer noch ein unterirdisches Grollen. Schwarzer Rauch steigt weiter in die Luft und Aschenregen fällt noch immer nieder. Die Einwohner der Dörfer Milo und Fornazzo, die evakuiert werden sollten, haben sich beruhigt und können zunächst in ihren Häusern bleiben. Die Lavastrome sind etwa 100 Meter von den Ob- und Weingärten von Fornazzo zum Stehen gekommen. Nur einige Bäume und weiter abliegende Gärten wurden vernichtet.

Wildes Jagd auf Straßentrüber
 Fresher Raubüberfall in Aachen
 Aachen (UP). Ein 18-jähriger junger Bursche überfiel auf offener Straße eine Frau, die 2000 DM Lohngehälter bei sich hatte. Mit vorgehaltenen Pistole zwang er sie, das Geld herauszugeben. Straßenpassanten nahmen sofort die Verfolgung des Täters auf, der auf seiner Flucht nach den Verfolgern schuß. Erst ein Polizeibeamter konnte ihn nach aufregender Jagd durch Straßen, Gärten und über Hecken erwischen. Der Täter wurde zweimal angeschossen. Als er zu Boden stürzte, entlockte seine eigene Waffe und brachte ihm eine dritte Verletzung bei. Er liegt jetzt im Aachener Gerichtslazarett.

Zürcher Notendruckverkehrskurse 30. 11.

New-York (1 Dollar)	4,35 ¹ / ₄ — 4,34 ¹ / ₂
London (1 Pfd.)	10,90 — 10,90
Paris (100 Fr.)	1,10 — 1,10
Brüssel (100 belg. Fr.)	8,59 — 8,58 ¹ / ₂
Mailand (100 Lire)	0,62 ¹ / ₂ — 0,62 ¹ / ₂
Deutschland (100 DM)	81,25 — 81,25
Wien (100 Sch.)	14,30 — 14,50

Berlin, den 1. 12. 50: Wechselstubens-Umrechnungskurs 1 DM (West) = 5,20 — 5,40 DM (Ost).

Wettervorhersage
 Am Samstag anfangs Regenfälle, später noch einzelne Schauer, in höheren Lagen in Schnee übergehend. Auch am Sonntag schauerartige Niederschläge. Temperaturen anfangs um 10 Grad, später auf 3 bis 6 Grad zurückgehend. In der Nacht zum Montag leichte Fröste. Zunächst lebhaft westliche Winde, später auf Nordwest bis Nord drehend und langsam abflauend.

Barometerstand Veränderlich
 Thermometerstand: heute (früh 8 Uhr) 9° über 0

Rheinwasserstand 1. 12.: Konstanz 340 (+ 0)
 Breisach 349 (- 23), Straßburg 448 (- 12)
 Maxau 686 (+ 10), Mannheim 645 (+ 20)
 Caub 501 (+ 35)

Prozeß gegen Gestapo-Gerst

Staatsanwalt beantragt 12 und 4 Jahre Zuchthaus

Karlsruhe (fm). Am fünften Tag des Prozesses gegen den Gestapobeamten Adolf Gerst und den Dolmetscher Friedrich Tim wegen Gefangenemißhandlung und Aussage-erpressung vor dem Schwurgericht hielt Staatsanwalt Renner seine einseitigbestimmte Anklage, Gerst war nach seinen Ausführungen kein hervorragender Exponent des Naziregimes, ohne die Straftaten wäre er ein typischer Mittläufer. Seine Taten wurden begangen von einem subalternen Menschen, dem die Gelegenheit plötzlich Macht in die Hand gab, ohne sie fest in Gesetzes zu fügen. Seine Opfer waren nicht eigentliche Gegner, sondern primitive Menschen, denen er sich überlegen fühlte, wie die armselige Gruppe der damals fast vogelfreien verschleppten Ostarbeiter, während er von den Geistlichen keine Geständnisse erpreßte. Es lassen sich keine Milderungsgründe für die Taten der Angeklagten finden. Hofmeier setzte er der Gefahr aus, zum Tode verurteilt zu werden, durch das Mittel beispielloser Falschung. In den Fällen der Russen Olschanko und Tropkin ließ sich der Nachweis der vorsätzlichen Tötung nicht erbringen. Gerst ist der moralische Verursacher des Todes des Russen Gawrilow. Neben diesen schweren Fällen bleiben noch 16 Fälle der Gefangenemißhandlung und Aussageerpressung. Gerst kann

nicht geltend machen, auf Weisung gehandelt zu haben trotz des Erlasses über verschärfte Vernehmung von 1942. Handeln auf Befehl und Notstand scheidet aus. Der Befehl hat nur Stöße, aber keine Folterungen zugelassen, die Gerst vor seinen Vorgesetzten verheimlichte; er handelte gegen die Weisungen. Es steht ihm kein Rechtfertigungsgrund zur Seite. Er hat sich schuldig gemacht der Aussageerpressung und gefährlichen Körperverletzung im Amt, der Körperverletzung im Amt mit nachgefolgtem Tod und der fahrlässigen Tötung; der mitangeklagte Tim konnte in allen Fällen überführt werden. Gerst hat sich an den Schwachen vergangen und gemein benommen. Es kann ihm nicht zugute gehalten werden, aus nationalen Gründen gehandelt zu haben. Er wußte, daß mit diesen Scheußlichkeiten seinem Vaterland nicht gedient sein konnte. Hohe Strafen erscheinen deshalb selbstverständlich.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Gerst eine Gesamtzuchthausstrafe von 12 Jahren sowie 10 Jahre Ehrverlust und gegen Tim 4 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Gegen die Anrechnung der Untersuchungs-haft bestehen keine Bedenken.

Die Plädoyers der Verteidigung sind am Montag zu erwarten.

Lokaltermin in Ettlingen

Am Freitagvormittag fand im Ettlinger Gefängnis ein Lokaltermin statt. Von den sehr zahlreich erschienenen Einwohnern wurden die Angeklagten, als sie zum Gefängnisgebäude geführt wurden, mit Pfui-Rufen empfangen. Dann begab sich das Schwurgericht durch das völlig veraltete Haus auf den Speicher, den Totort bestialischer Grausamkeiten. An einem Fleischerhaken, der sich noch am Gebälk befindet, wurden die Gefangenen dieser Gestapohölle aufgehängt. Gerst und Tim müssen zeigen, wie sie es gemacht haben. Sie führen die verschiedenen Folterwerkzeuge vor: die Anwendung des „schiefen Bretts“, die Art des Fesseln und Anbindens. Die Sekretärin Finster, die übrigen Beziehungen zu Gestapochef Horschler abtrifft, schilderte, wie sie die Augen zubielt, nachdem sie auf dem Speicher den erhängten Russen Gawrilow erblickt hatte. Da Tim als letzter von diesem Gefangenen weggegangen war, wird ihm diese Tat zur Last gelegt, aber er bestreitet es. Die Aussagen wider-

sprechen sich und vermögen nicht zu erklären, weshalb Gawrilow nicht gefesselt war, obwohl er sich nach Tims Angabe selbst aufgehängt haben soll.

Auch der letzte „Kommandant“ des Gestapogefängnisses, der Offenburger Postlerer Weimar, wurde vernommen. Von seinem Zimmer im Erdgeschoß konnte er hören, daß auf dem Speicher geschlagen und geschrien wurde, auch im Nebenzimmer bei Horschler. Kommissar Reißer von der Spionageabwehr war gegen Gerst eingestellt, weil er dessen Methoden ablehnte, die schlimme Folgen haben würden. Gersts angebliche Beziehungen schätzten ihn ein.

Als der Lokaltermin gegen 12 Uhr beendet war, kamen aus der großen Menschenmenge wieder empörte Ausrufe gegen die Angeklagten. Möge er in Ettlingen nie wieder zu solchen Grausamkeiten kommen: dieser Wunsch lebte in den vielen Menschen, die auf der Straße noch lange erregt miteinander sprachen.

Hochwasser und Ueberschwemmungen

Abwehrmaßnahmen getroffen — Schifffahrt auf dem Rhein und Neckar vorübergehend eingestellt

Aus allen Gegenden Südwestdeutschlands mehren sich die Meldungen von schweren Überschwemmungen, die infolge der Hochwasser führenden Ströme und Flüsse entstanden sind. Hinzu kommt die Mitte der Woche eingebrochene Warmwelle, die im gesamten Schwarzwald eine starke Schneeschmelze verursachte. Die Wasserstraßen sind kaum mehr in der Lage, die in den letzten drei Wochen niedergegangenen Regenmassen zu schlucken.

So führten die ununterbrochenen tagelangen Niederschläge dazu, daß der Rhein Hochwasser führt und am Maxauer Pegel einen Wasserstand von über sieben Metern aufweist. Am pfälzischen Ufer bei der sogenannten „Maxauer leichten Krümmung“ erreichte der Wasserspiegel sogar die Pegelmärke von nahezu acht Meter. Zu den schlimmsten von Hochwasser betroffenen Rheineisierungen gehört das Hafengebiet von Leopoldshafen. Hier stehen bereits weite Uferflächen unter Wasser. Um gegenüber allen eventuell eintretenden Katastrophen vorbereitet zu sein, haben die zuständigen staatlichen und städtischen Stellen vorsorglich die Wasserwehren der am Rhein liegenden Gemeinden alarmiert und zur Beobachtung eingesetzt; vor allem auch deshalb, weil Dammbreche zu befürchten waren. Diese Gefahr besteht nach Ansicht zuständiger Kreise auch jetzt noch, zumal mit weiteren anhaltenden Regengüssen für das Oberreinegebiet zu rechnen ist. Eine neue Hochwasserwelle liegt also durchaus im Bereiche der Möglichkeit. Jedenfalls ist seitens der zuständigen Stellen alles Erforderliche vorbereitend in die Wege geleitet worden, um ihr mit allen Mitteln abzuwehren zu können und vor allem Menschenleben nicht aufs Spiel zu setzen.

Auch der Pegel im Konstanzer Hafengebiet

kierterte auf Hochstrome. Innerhalb von 24 Stunden stieg der Wasserspiegel um nicht weniger als 10 cm. Mitte der Woche übersteigte die Pegelstand der 3,50-m-Marke. In nur fünf Tagen war eine Wasserzunahme von rund 120 Milliarden Liter zu verzeichnen.

Aus dem Hochrhein gebiet werden ebenfalls besorgniserregende Überschwemmungen der Gebiete am Rhein und seinen Nebenflüssen gemeldet. Der Schiffsverkehr zwischen Straßburg und Basel mußte vorübergehend eingestellt werden.

Auch der gesamte Schiffsverkehr auf dem Neckar zwischen Neckargrund und der Rheinmündung wurde wegen Hochwasser vorübergehend eingestellt. Der Schiffsverkehr war jedoch eine Zeitlang, aber nur auf eigene Gefahr gestattet. Wie vom Wasserstraßenverkehrsamt in Heidelberg mitgeteilt wird, ist damit zu rechnen, daß der Neckar im Laufe dieser Woche wieder voll schiffbar sein wird.

Schwere Verwüstungen wurden durch das Hochwasser bereits im Hansauer Land angerichtet. Weite Acker- und Wiesenflächen gleichen schlammigen Seen. Alles, was nicht niet- und nagelfest ist, reißen die Fluten mit sich.

Die Donau, die Lech und die Wertach führen seit Tagen starkes Hochwasser. Besonders in Mitteleiswaben hat es dazu geführt, mehrere kleine Flüsse in breite Ströme zu verwandeln, die Felder und Straßen weithin überschwemmen.

Die Regenniederschläge in Südwestdeutschland, besonders aber im Gebiet des Oberreins, sind nach einer Mitteilung der Wetterwarte Karlsruhe gegenwärtig fast doppelt so groß wie der übliche November-Durchschnitt, der gewöhnlich bei 60 mm liegt, während in diesem Jahre eine Niederschlagsmenge von 110 mm brachte.

Blitzlichter AUS ALLER WELT



„Deutsche Heimat im Osten“
Bei der Eröffnung der Berliner Ausstellung sah man Minister Kaiser und Oberbürgermeister Reuter (links), ferner (rechts) Bischof Dibelius und Frau Louise Schröder



Holländischer Staatsbesuch in London
Königsbesuch in London: (v.l.n.r.) König Georg VI. von England, Königin Juliana von Holland, Herzog von Gloucester, Queen Elizabeth und Prinz Bernhard



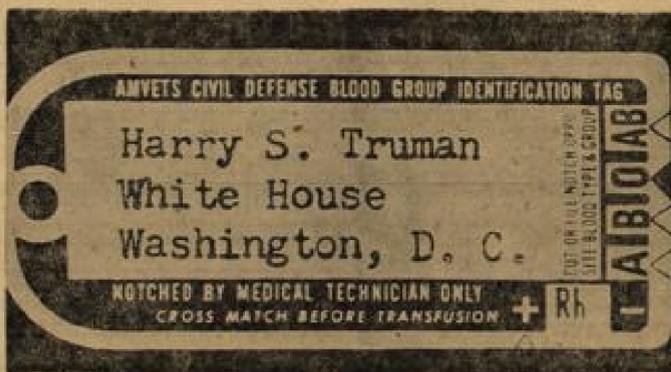
In Dänemark wird wieder gehamstert
Von den Steuergesetzen betroffene Ware wird gehamstert — ein Bild, wie es in Dänemark nach Veröffentlichung der neuen Steuergesetze nicht selten zu sehen ist



20 Jahre herrscht der „Löwe von Judäa“
Unser Bild zeigt Haile Selassie, den Kaiser von Äthiopien mit zwei seiner Vertrauten. Er feierte mit großem Pomp den zwanzigsten Jahrestag seiner Thronbesteigung



Liebe bis unter das Fallbeil
Die Dänin Sand und ihr Gefährter wurden wegen Verbrechen während der Besatzungszeit zum Tode verurteilt. Annac wurde begnadigt, will aber Urteilsvollstreckung



„Erkennungsmarken“ für die Einwohner der Vereinigten Staaten
150 Millionen der abgebildeten „Erkennungsmarken“ werden an die Bevölkerung der USA verteilt. Sie bestehen aus plastischem Stoff und sind gegen radioaktive Strahlen unempfindlich. Auf den Marken ist der Name, die Anschrift und die Blutgruppe des Trägers vermerkt. Die Menschen mögen vergehen, wenn nur die Marken bestehen!



Für ein vereintes Europa!
500 Deutsche überschritten bei Pirmasens die Grenze nach Frankreich, wo sie von ihren französischen Gestattungsfreunden mit „Vive l'Europe“ empfangen wurden



Ehre, wenn Ehre gebührt...
...auch wenn er erst neun Jahre alt ist! Der kleine Matrosensohn Jacques Le Du erhielt die Lebensrettungsmedaille Frankreichs für die Rettung eines Kameraden



Regentropfen — und was man dagegen tut
Der französische Modeschöpfer Balmain zeigte in London seine Neuheiten unter denen besonders dieser Damenregentmantel interessant ist



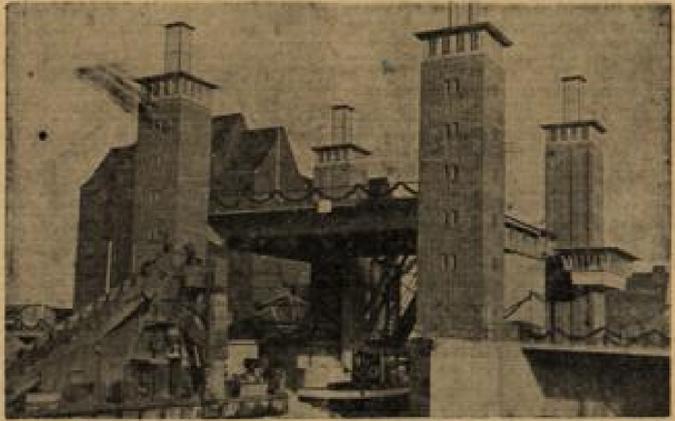
Deutsche Rosenkränze für alle Welt
Eine Lübecker Firma stellt zur Zeit 12 000 mohammedanische Rosenkränze her, die nach Ceylon gehen. Ferner liegen Aufträge vor für Pakistan und Südafrika



„Im Gleichschritt — marsch...“
...nicht ins Feld, sondern ins Sauerkraut. Die Krautstation geht überall zu Ende und in den Krautfabriken herrscht Hochbetrieb. Vereint marschieren — getrennt essen...



Explosive Kriegsveteranen werden 1950 in der Nähe Kiels geborgen
Aus dem ehemaligen Begleitschiff „Carl Peters“, das in der Nähe Kiels gehoben wurde, konnten gefährliche „Kriegserinnerungen“ geborgen werden. Über 500 10,5-cm-Granaten fand man im Bauch des Schiffes. Von den fünf etwa sieben Meter langen Torpedos, die „Carl Peters“ ebenfalls in sich hatte, ist einer auf dem Bild zu sehen



Die modernste Hubbrücke Deutschlands spannt sich über die Ruhr
In Duisburg wurde eine Brücke von 18 Metern Spannweite eingeweiht, die innerhalb einer Minute neun Meter gehoben werden kann. Die Schwanenstörbrücke ist die modernste Hubbrücke Deutschlands. Mit gehobenem Mittelteil (siehe Bild) ermöglicht sie auch größten Schiffen die Durchfahrt

Bilder: dpa